No. 9.

Stadtrats-Sitzung

abgehalten am 23. April 1923.

Gegenwärtig:

1. Vorsitzender:

I. Bürgermeister: Karl Mayer,

II. Bürgermeister: Wolfgang Fraßl, entsch.

2. Die bürgerlichen Stadträte:

Soltl	Hoffmann
Hambel	Lipold
Hecht	Döring
Herrmann	Heiß
Baum Hertlein entsch.	Scherer
Metzger	Guggemos
Härtl	Bachmeier
Feyerlein	Fehn
Hees	Trommel entsch.

3. Rechtsrat Dr. Leitheiser.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
1	–		Sitzungsprotokoll vom 9. April 1923
2	803		Warmbadeanstalt

Beschluß

Das Sitzungsprotokoll vom 9. April 1923 wurde in der heutigen Sitzung bekanntgegeben, ohne Erinnerung.

I. Öffentliche Sitzung.

Der Antrag des Kneippvereins Neuburg a.D. vom 25. Februar c. wurde in heutiger Sitzung zur Kenntnis gebracht.

Der Stadtrat ist bereit auf Ansuchen dem Kneippverein die städtische Warmbadeanstalt vorerst für die Zeit vom 1. Mai bis 1. Oktober 1923 vertraglich in Pacht zu geben und zwar auf folgender Grundlage:

Der Kneippverein führt während dieser Zeit den ganzen Badebetrieb auf eigene Rechnung. Er übernimmt von der Stadt die vorhandenen Holz- und Kohlenbestände. Die Abgabe von Holz und Kohlen erfolgt jeweils durch den Verwalter des Bades Herrn Stadtrat Metzger oder auf dessen Veranlassung durch Herrn Schwimm. Über die Abgabe ist beiderseits genau Buch zu führen. Das Brennmaterial wird zum ~~Einkaufs~~ Selbstkostenpreise auf Grund Feststellung durch die Kämmerei dem Kneippverein überlassen. Badewäsche mit Ausnahme derjenigen für die Lohwannenbäder wird an den Kneippverein nicht abgegeben. Wasser und Licht hat der Kneippverein selbst zu bezahlen. Irgend eine Entschädigung für die zeitweise Überlassung des Bades hat der Kneippverein an die Stadtgemeinde nicht zu leisten. Dagegen ist er verpflichtet, das Bad jeden Samstag nachmittag für die Gesamtbevölkerung aus-

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand	Beschluß
				ausschließlich frei zu halten. Bäder und Anwendungen für Zwecke des Kneippvereins dürfen an diesen Nachmittagen nicht verabfolgt werden. Die Bäder für die Allgemeinheit werden vom Personale des Kneippvereins abgegeben. Die Preise für die ~~se~~ bisherigen Bäder werden vom Stadtrat festgesetzt, während die Preise für ~~sonstige Bäder~~ ~~und~~ für Kneipp'sche Bädern u. Anwendungen der Kneippverein festsetzt. Auch an anderen Tagen, an denen die Kasse geöffnet sind, müssen Bäder auf Verlangen an die hiesige Einwohnerschaft abgegeben werden.
				Die Aufsicht auf das Bad obliegt nach wie vor dem Stadtrat.
				Soweit es sich um natürliche Abnützung des Gebäudes u. seiner Einrichtungen handelt, obliegt der Stadtgemeinde die Behebung der baulichen Reparaturen, während für alle übrigen Schäden und Verluste am Gebäude u. Inventar für die Dauer der Pachtzeit der Kneippverein aufzukommen hat. Das Bad ist in voller Form an den Kneippverein zu übergeben und nach Abschluß der Pachtzeit an die Stadt wieder zurückzuübertragen. Als Kommission für Übergabe und Übernahme wird seitens des Stadtrats Herr Stadtrat Metzger und Herr Stadtrat Fehn bestimmt.
				Auf dieser Grundlage ist schriftlicher Vertrag mit dem Kneippverein abzuschließen.
3	807		Stadttheater	Dem Herrn Theaterdirektor Arnim wird das hiesige Stadttheater während der heurigen Kurzeit – 28. Juni

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
4	727		Anträge des Verschönerungsvereins

Beschluß

bis Anfangs September – für wöchentlich 2 Vorstellungen auf Ansuchen überlassen.

Die gesamten Kosten einschl. Beleuchtung für diese Vorstellungen hat Herr Direktor Braun zu tragen.

Eine Subvention wird dem Herrn Direktor Braun für diese Sommervorstellungen nicht bewilligt. Die anfallende Lustbarkeitsabgabe ist in vollem Umfange an die Stadtkasse abzuführen.

Von der Zuschrift des Verschönerungsvereins Neuburg a. D. vom 13. ds. Mts. wurde in der heutigen Sitzung Kenntnis genommen und dazu Folgendes beschlossen:

1. Der Stadtrat erkennt ausschließlich den Verschönerungsverein, der auf eine mehr als 40 jährige gemeinnützige Tätigkeit im Interesse der Stadt zurückblickt, als denjenigen Verein bezw. diejenige Organisation an, die berufen ist, im Verein mit dem Stadtrate oder selbständig – natürlich immer im Einvernehmen mit dem Stadtrate – die auf eine Verschönerung der Stadt bezw. deren Umgebung abzielenden Bestrebungen zu fördern und durchzuführen.
2. Die vom Verschönerungsverein gestellten Anträge auf Instandsetzung der öffentlichen Anlagen werden genehmigt. Bauführer Graf wird beauftragt, die Arbeiten so bald wie möglich ausführen zu lassen.
3. Die Auffassung des Verschönerungsvereins, als ob dem Kriegerverein eine bevorzugte Stellung seitens des Stadtrates eingeräumt und Zuwendungen aus städtischen

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
5	783		Elektrizitätswerk

Beschluß

Mitteln im vorigen Jahre gemacht worden seien, ist irrig.
Der sogenannte Kneippgarten ist ausschließlich aus Mitteln des Kneippvereins hergestellt worden, ist aber nicht ausschließlich für den Kneippverein bestimmt, sondern der Öffentlichkeit zugänglich, weshalb es dem Stadtrat nicht angängig erscheint, vom Kneippverein einen Pachtzins zu erheben. Was die Abstellung von städtischen Arbeitern an den Kneippverein anlangt, so wurden vom Kneippverein in der Regel ausgestellte städtische Arbeiter auf Kosten des Vereins beschäftigt. Von einer Bevorzugung des Kneippvereins gegenüber dem Verschönerungsverein ist dem Stadtrat nichts bekannt.
Der Antrag auf nachträgliche Zuweisung von Geldmitteln in Höhe der dem Kneippverein angeblich zugewiesenen Vergünstigungen eignet sich nicht zur Genehmigung.

Die Zuschrift der Stromabnehmervereinigung vom 21. ds. Mts. wurde in der heutigen Sitzung bekannt gegeben.
Dem Antrage der Stromabnehmervereinigung auf Prüfung des Elektrizitätswerkes und seines Betriebes durch Sachverständige wird insofern stattgegeben, als diese Prüfung auf Veranlassung des Stadtrates geschehen soll. Die Kosten für die Prüfung fallen der Stromabnehmervereinigung zur Last. Mit dem an das E.W. gerichteten Schreiben ist der Stadtrat einverstanden.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
6	804		Schulkinderspeisung
7	692		Säuglingsfürsorge

Beschluß

Von dem erstatteten Vortrage des Vorsitzenden über Einrichtung und Durchführung einer Schulkinderspeisung dahier wurde in der heutigen Stadtratssitzung Kenntnis genommen.

Die auf diese Kinderspeisung erwachsenden Kosten werden auf den Kommunalverband übernommen.

Herr Stadtrat Metzger übernimmt in dankenswerter Weise den unentgeltlichen Transport der Waren vom Bahnhof zur Schrannenhalle.

Herr Stadtratsvorstand wird ermächtigt, dem Deutschen Zentral-Ausschuß für Auslandshilfe bezw. der bayer. Landesstelle für Kinderspeisung alle verlangten Erklärungen rechtsverbindlich abzugeben.

Der Bericht des Bezirksarztes Herrn Obermedizinalrats Dr. Büller dahier betr. „Säuglings- und Tuberkulosefürsorge“ ist in der heutigen Sitzung zur Kenntnis gebracht.

Nachdem die Säuglingssterblichkeit in Neuburg a. D. einen hohen Prozentsatz erreicht hat, beschließt Stadtrat, der von Herrn Obermedizinalrat Dr. Büller angeregten Errichtung einer Beratungsstelle für Säuglingsfürsorge zuzustimmen. Zu diesem Zwecke sollen im ehemaligen Garnisonslazarette zunächst für die Monate Juli und August 2 Zimmer gemietet und dem Vorschlage des Amtsarztes entsprechend eingerichtet werden. Die entstehenden Kosten sollen teils auf die Stadtkasse, teils auf die Milchverbilligungsabgabe übernommen werden. Beim Finanzamte sind Schritte

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
8	808		Hundeabgabe

Beschluß

zur unentgeltlichen Überlassung der beiden Zimmer zu unternehmen, da es sich doch um einen sehr wichtigen öffentlichen Zweck handelt.

Als Entschädigung für die Vornahme der Untersuchung wird bis auf weiteres dem Amtsarzte die Übernahme der Kosten von einem Drittel seiner amtlichen Telefongespräche zugebilligt.

In der auf heute ordnungsgemäß anberaumten Sitzung des Stadtrates zu der sämtliche 19 Mitglieder geladen und 14 erschienen waren, wurde mit allen Stimmen die Hundeabgabensatzung vom heutigen genehmigt.

Der Stadtrat Neuburg a. D. erläßt gemäß Art. 8, 9 und 10 des Hundeabgabengesetzes vom 23.8.22 folgende

Hundeabgabensatzung.

§ 1. Die Hundeabgabe gemäß Art. 8 I des Hundeabgabengesetzes beträgt:

I. Für den ersten Hund eines Besitzers 3000 M,
für den zweiten und jeden weiteren Hund desselben Besitzers 6000 M.

II. Der Steigerungssatz kommt nicht zur Anwendung, wenn die Hunde eines Besitzers in verschiedenen ihm gehörigen Anwesen gehalten werden.

§ 2. Die Hundeabgabe gemäß Art. 8 II des Hundeabgabengesetzes, nämlich für Hunde, die in Einöden und Weilern gehalten werden, für Schäferhunde, die während des größeren Teiles des Jahres in Pferchen gehalten werden

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand	Beschluß
				und für Hunde, die von Forstschutzbeamten ausschließlich oder vorwiegend zu Zwecken des Forstschutzes gehalten werden beträgt 2000 M.
9	805		Vergnügungssteuer	In der auf heute ordnungsgemäß anberaumten Sitzung des Stadtrats Neuburg a. D. zu der sämtliche 19 Mitglieder geladen und 14 erschienen waren, wurde mit allen Stimmen beschlossen, die Vergnügungssteuerordnung vom 28. Nov. 1921 wird wie folgt geändert:

In § 17 Abs. I ist zu setzen statt 10 M = 500 M
" " " II " " " 5 M = 500 M
" 10 M–15 M = 1000 M–1500 M
" 15 – 20 M = 1500 M–2000 M
" 10 M = 1000 M

In § 18 II ist statt der Sätze in Spalte 1. 2 und 3 zu setzen:

Spalte 1.	Spalte 2.	Spalte 3.
–	800 M	2000 M
–	1600 M	3000 M
–	3000 M	5000 M
–	4500 M	6000 M
–	6000 M	7500 M
–	2000 M	2500 M
1000 M	–	–
2000 M	–	–
3000 M	–	–
1000 M	–	–

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
10	806		Ortspol. Vorschrift über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen durch das Verbindungsgäßchen von der Rosenstraße zur Schießhausstraße
11	–		Wasserzins
12	–		Vergebung von 4 Gartenteilen im Kasernengarten

Beschluß

In der auf heute ordnungsgemäß anberaumten Sitzung des Stadtrates, zu welcher sämtliche 19 Mitglieder geladen und 14 erschienen waren wurde vorstehender Entwurf einer ortspolizeilichen Vorschrift vom 23. ds. Mts. mit allen Stimmen genehmigt.

Ortspolizeiliche Vorschrift

Der Stadtrat Neuburg a.D. erläßt auf Grund des § 23 I der Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 15. März 1923 RGBl. S. 175 und des Reichsgesetzes zur Erweiterung des Anwendungsgebietes der Geldstrafe vom 21. Dezember 1921 (RGBl. S. 1604) folgende

ortspolizeiliche Vorschrift:

§ 1. Der Verkehr mit Kraftfahrzeugen aller Art durch das Verbindungsgäßchen von der Rosenstraße zur Schießhausstraße zwischen Hs. No. C 180 und D 152 ist verboten.

§ 2. Zuwiderhandlungen werden mit Geld bis zu 1500 M oder mit Haft bestraft.

Dem Beschluße des Finanzausschußes vom 13. ds. Mts. entsprechend wird für das I. Vierteljahr der Preis für den cbm. Wasser auf 250 M festgesetzt.

Herr Stadtrat Hambel hat in der heutigen Sitzung mitgeteilt, daß im vorm. Kasernengarten 4 Gartenteile für das heurige Jahr vergeben werden können. Wegen Vergebung derselben ist mit Interessenten ins Benehmen zu treten.

Das im Herbst anfallende Obst von den auf diesen Teilen

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand	Beschluß
				stehenden Bäumen wird den Forstern zum Schätzungswerte überlassen.
13	812		Forsteinigungsamt	Der Landwirt Heinrich Kroll dahier hat wegen der Festsetzung der Forstsumme für städtische Forstgrundstücke das Forsteinigungsamt um Entscheidung angerufen. Zur Vertretung der Interessen der Stadtgemeinde Neuburg a. D. vor dem Forsteinigungsamte wird Herr Stadtrat Hees dahier abgeordnet. Derselbe wird zur Abgabe aller notwendig werdenden Erklärungen ermächtigt.
14	809		Pflasterzollordnung	Der nachstehende Beschluß des Finanzausschusses vom 13. ds. Mts. wurde in der heutigen Stadtratssitzung einstimmig zum Stadtratsbeschlusse erhoben. Der Finanzausschuß begutachtet mit Rücksicht auf § 18 Abs. 1 des Gesetzes vom 8. April 1922 „die Kraftfahrzeugsteuer betr." die Aufhebung des Pflasterzolles - § 3 der Pflasterzollordnung der Stadt Neuburg a. D. - und zwar: a) für auswärtige Lastkraftwagen, b) für Anhängewagen hiezu, c) für auswärtige Personenkraftwagen und d) auswärtige Krafträder, welche nicht regelmäßig die Straßen der hiesigen Stadt benützen und nur gelegentlich dahier durchfahren. Für hiesige Kraftfahrzeuge, dann für alle solche, welche in Neuburg a.D. gewerblich verkehren und die Straßen u. Wege der Stadt außergewöhnlich mitabnützen, soll es bei dem

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand	Beschluß
				mit Beschluß vom 8. Januar 1923 festgesetzten Pflasterzoll-ordnung sein Verbleiben haben.
15	811		Instandsetzung eines Zimmers	Dem Gesuche des Herrn Majors v. d. Kaltenegger um Instandsetzung eines schadhaften Zimmers in seiner Wohnung im Hch'schen Stiftungsgebäude kann der außergewöhnlich hohen Kosten wegen zur Zeit nicht stattgegeben werden. Die nicht sehr leistungsfähige Stiftung schließt zur Zeit mit einem Defizit von 50.000 M ab.
16	781		Anschaffung eines neuen Waschkessels	Die Anschaffung eines neuen Waschkessels für die Waschküche im Großballengebäude wird genehmigt.
17	810		Holzremise im Anwesen D 243	Dem Landwirt Heinrich Müller D 243 dahier wird zur Ausmauerung der in seinem Anwesen stehenden Holzremise eine weitere Frist bis 1. April 1924 gewährt, nachdem z. Zt. die Kosten für Baustoffe unerschwinglich sind. Bis dahin dürfen in dieser Remise Heu, Stroh und Brennmaterial nur in ganz geringer Menge gelagert werden.
18	–		Unterstützung der Rentenempfänger der Invaliden- u. Angestelltenversicherung	Die Mittel, die für zur Unterstützung der Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung nach Maßgabe des Gesetzes vom 27.3.23 (RGBl. I. S. 1533) sowie der ab 1.3.1923 treffenden Nachzahlung erforderlich sind, werden soweit die Unterstützungen von der Stadt zu tragen sind, bereitgestellt. Der Unterstützungshöchstbetrag ist im Hinblick auf Ziff.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand	Beschluß
				u. der Min. Entschl. vom 16.4.1923, Nr. 1107 a 70 (St.A. Nr. 88) nur in besonderen Ausnahmefällen zu gewähren.
19	–		Lohnerhöhung	Der Monatslohn der Hausmagd im Bürgerspital wird vom 1. April 1923 an auf 3000 M und vom 1. Mai 1923 an auf 4000 M festgesetzt.
20	782		Stadtfuhrwerk	Dem Fuhrwerksbesitzer Georg Kaufmeier wird für Bereitstellung eines 2spännigen Fuhrwerks mit Kutscher für Stadtzwecke mit Wirkung vom 1. April c. ab eine tägliche Vergütung von 20.000 M gewährt. Sollte Herr Kaufmeier mit dieser Vergütung nicht einverstanden sein, so wird auf die fernere Fuhrwerksleistung durch ihn verzichtet und erhält Bauführer Graf für diesen Fall den Auftrag für ein anderes Fuhrwerk zu sorgen.
21	644		Berufsfortbildungsschule	Die Niederschrift über die Sitzung der Vorstandschaft der Berufsfortbildungsschulen Neuburg a. D. vom 21. März c. wurde in der heutigen Sitzung bekanntgegeben. Hiebei betonte der Vorsitzende ausdrücklich, daß infolge der hohen Schülerzahl die Übernahme von Unterrichtsstunden durch nebenamtliche Lehrer notwendig geworden sei. Stadtrat beschließt außer für 4 Religionswochenstunden die Mittel für 10 Wochenstunden für wissenschaftlichen Unterricht bereitzustellen. Als nebenamtliche Lehrkräfte sind die Herren Hauptlehrer Scherer und Lehrer Scherle und Damm bereit, wissenschaftlichen Unterricht zu erteilen.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand	Beschluß
				Die Entschädigung für die Jahreswochenstunde bei wissenschaftlichem Unterricht wird, wie in Augsburg auf 4400 M zuzüglich des gleichen Teuerungszuschlags, der jeweils zu den Grundgehältern und dem Ortszuschlag der bayerischen Staatsbeamten gewährt wird, (z. Zt. 942%) festgesetzt.
22	802		Mädchenberufsfortbildungsschule	Dem Institute der Englischen Fräulein dahier wird für die Unterrichtserteilung an der Mädchenberufsfortbildungsschule und für die Leitung derselben für das Schuljahr 1923/24 eine Pauschalvergütung von 50.000 M aus der Stadtkasse bewilligt.
23	769		Aversum für Erteilung des Handarbeitsunterrichts an der Mädchenvolksschule	Die Zuschrift der Frau Oberin des Englischen Institutes dahier vom 20. ds. Mts. wurde in der heutigen Sitzung bekannt gegeben. Stadtrat beschließt, das in § 3 der Satzung vom 25. Oktober 1920 für den gesamten Handarbeitsunterricht an der katholischen Mädchenvolkshauptschule in Neuburg a. D. festgesetzte Aversum von jährlich 6000 M mit Wirkung vom Beginn des Schuljahres 1923/24 auf 50.000 M aus Mitteln der Schulkasse zu erhöhen.
24	814		Städt. Kindergarten	In Abänderung des Beschlusses vom 12. März 1923 wird die Entschädigung des Englischen Instituts für Leitung des städt. Kindergartens mit Wirkung vom 1. April 1923 ab auf monatlich 25.000 M festgesetzt.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
25	—		Gebührentarif für Fleischbeschau, Benützung des Schlachthauses u. der Freibank
26	801		Entschädigung der Hundesteuermitglieder
27	534/810		Personalversicherungsangelegenheiten

Gebührentarif

für

die Fleischbeschau, die Benützung des städt. Schlachthauses und der Freibank in Neuburg a.D. ab 1. Mai 1923.

I. Beschaugebühren:

a) Bei eingeführtem Fleisch:

Für jedes angefangene Kilo . . . 30 M;

b) bei allem Schlachtvieh:

Diese Gebühren sind von allen Metzgern, Wirten und Privaten, welche zur Schlachtung dieser Tiere das Schlachthaus benützen, zu entrichten.

Bei Schlachtungen an Sonn- und Feiertagen ist ein Zuschlag von 3000 M für Groß- und 2000 M für Kleinvieh zu entrichten.

1.	für einen Ochsen	6000 M,
2.	" einen Stier oder eine Kuh	5000 M,
3.	" ein Jungrind	3500 M,
4.	" ein Kalb	2000 M,
5.	" ein Schaf, Geis oder Bock	1500 M,
6.	" ein Schwein über 100 Kilo	4000 M,
7.	" ein Schwein über 50 Kilo	3000 M,
8.	" ein Schwein unter 50 Kilo	2000 M,
9.	" einen Frischling	1000 M;

c) Ergänzungsfleischbeschaugebühren:

1.	für Groß- und Kleinvieh . . .	2600 M,
2.	" Pferde	3900 M.

Hiebei wird bezüglich der Höhe der Beschaugebühren kein Unterschied gemacht, ob die Beschau vor oder nach der Schlachtung oder nur nach der Schlachtung vorgenommen wurde.

II. Schlachthausbenützungsgebühren:

1.	für einen Ochsen	6000 M,
2.	für einen Stier oder eine Kuh	5000 M,
3.	für ein Jungrind	3500 M,
4.	für ein Kalb	2000 M,
5.	für ein Schaf, Geis oder Bock	1500 M.

Diese Gebühren sind von allen Metzgern, Wirten und Privaten, welche zur Schlachtung dieser Tiere das Schlachthaus benützen, zu entrichten.

Bei Schlachtungen an Sonn- und Feiertagen ist ein Zuschlag von 3000 M für Groß- und 2000 M für Kleinvieh zu entrichten

./.

III. Freibankgebühren:

1.	für einen Ochsen	5000 M,
2.	" eine Kuh oder einen Stier	4000 M,
3.	" ein Jungrind	3000 M,
4.	" ein Kalb	2000 M,
5.	" Schafe, Geisen und Böcke pro Stück	1000 M,
6.	" für ein Schwein über 100 Kilo	3000 M,
7.	" ein Schwein über 50 Kilo	2000 M,
8.	" ein Schwein unter 50 Kilo	1500 M,
9.	" einen Frischling	800 M.

Werden nur einzelne Teile in die Freibank verbracht, so wird die halbe Gebühr erhoben, wenn solche weniger als die Hälfte des Tieres ausmachen, andernfalls die volle Gebühr.

IV. Abgabe für die Zulassung als Freibankmetzger:

1. für Großvieh . . . . 2000 M,
2. für Kleinvieh . . . . 1000 M.

V.

Die Bestimmungen in § 1 und 2 der Beschaugebührenordnung, § 6 der Schlachthausordnung und § 11 der Freibankordnung, sowie des Gebührentarifs I - IV vom 26. März 1910 werden durch die vorstehenden Bestimmungen ersetzt.

Der Gebührentarif vom 26. Februar 1923 wird aufgehoben.

Neuburg a.D., den 23. April 1923.

Stadtrat:

gez. Mayer.

Beschluß

In der auf heute ordnungsgemäß anberaumten Sitzung des Stadtrates Neuburg a.D. zu welcher sämtliche 19 Mitglieder geladen und 15 erschienen waren, wurde mit allen Stimmen der Gebührentarif für Fleischbeschau, Benützung des Schlachthauses und der Freibank vom heutigen genehmigt.

V. Geheime Sitzung

Auf Vorschlag des Finanzausschusses werden die Aufwandsentschädigungen der Stadtratsmitglieder mit Wirkung vom 1. April 1923 in folgender Weise neu geregelt:

Als monatlicher Grundbetrag für die Stadtratsmitglieder wird die Summe von je 125 M und für den II. Bürgermeister der Betrag von 300 M festgesetzt.

Hiezu kommt der jeweilige monatliche Teuerungszuschlag, wie solchen die Beamten zu den Grundgehältern und zum Ortszuschlag erhalten. (z.Zt. 942%).

Außerdem wird den Stadtratsmitgliedern, die außer ihren gewöhnlichen Stadtratsfunktionen noch außerordentliche Dienstleistungen übernehmen, (Holzverteilungen z.B.) besondere Vergütung von Fall zu Fall gewährt. Für unentschuldigtes Fernbleiben der Stadtratsmitglieder von einer Stadtratssitzung wird denselben ein Abzug von 320 M gemacht.

Der vorstehende Beschluß des Finanzausschusses

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand

Beschluß

vom 13. April 1923 wird in der heutigen Stadtratsitzung einstimmig zum Stadtratsbeschluß erhoben.

Der Finanzausschuß hat heute zu den vom Vorsitzenden vorgetragenen Personalangelegenheiten Stellung genommen und beschlossen, dem Stadtrat folgende Vorschläge zu unterbreiten:

1. Dem Gesuch des Oberstadtsekretärs Volz vom 17. März 1923 um Beförderung zum Verwaltungs- und Polizeiinspektor in Gruppe VIII der Bes. Ordng. kann nicht entsprochen werden. Nach dem Stellennachweis ist die Stelle, die Oberstadtsekretär Volz innehat, von einem geprüften Beamten der Gruppe VI zu versehen. Der Genannte wurde für seine Person ab 1. April 1920 in Gruppe VII überführt und es wurde ihm hierbei schon Entgegenkommen bezeigt. (Beschluß vom 27./29. September 1920.) Als Gemeindebeamter hat er eine gesetzlich anrechnungsfähige Dienstzeit von 14 Jahren, die jedoch nicht ausreichend ist, um eine Beförderung nach Gruppe VIII zu rechtfertigen. Auch im Dienste der inneren Staatsverwaltung finden Beförderungen von Beamten mit solcher Dienstzeit nach der genannten Gruppe in der Regel nicht statt. Der Stadtrat hält grundsätzlich daran fest, bei der Regelung der Dienstverhältnisse seiner Beamten die für die Staatsbeamten geltende Regelung zugrunde zu legen; über letztere hinauszugehen, erscheint dem Stadtrat wegen der Konsequenzen nicht angängig und mit Rücksicht auf das Spargesetz auch nicht zulässig.
2. Das mündliche Gesuch des Stadtratsassistenten Endres

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
28	–		Gehaltserhöhungen
29	–		Entschädigungen der Tierärzte

Beschluß

vom 13. April 1923 um Beförderung zum Kanzleisekretär unter Überführung in die Gruppe VI der Besoldungsordnung wurde aus den bereits im Stadtratsbeschlusse vom 24. Oktober 1922 dargelegten Gründen neuerdings abgelehnt.

3. Das Gesuch des Amtsoffizianten Herrmann vom 12. April 1923 um Einreihung in Gruppe V der Bes. Ordng. wird abgelehnt. Die von dem Gesuchsteller bekleidete Stelle eines Amtswartes ist im Stellenverzeichnis in Gruppe II mit Beförderungsmöglichkeit in Gruppe III nach 10 Dienstjahren vorgesehen. Amtsoffiziant Herrmann wurde für seine Person in Gruppe IV überführt, also um eine Gruppe höher eingereiht. Ein Anspruch auf Einreihung in Gruppe V besteht daher nicht, sie wäre übrigens auch nach dem Sperrgesetz unzulässig, da die Amtsoffizianten im Staatsdienst nicht in diese Gruppe eingereiht sind sondern in der Regel nur in Gruppe III.

4. Das Gesuch des Kanzleiassistenten Neubauer vom 12. ds. Mts. um Einreihung in die Gruppe VI der Besoldungsordnung wird abgelehnt. Nach dem Stellenverzeichnis ist eine solche Überführung nach 6 bis 8 Dienstjahren vorgesehen. Neubauer ist erst seit 1. Januar 1920 etatsmäßig angestellt, weshalb eine höhere Einstufung noch nicht angängig ist.

Den Stadtratspraktikanten Voraus, Rieder u. Mayrhofer, dem Anlagenaufseher Winkler, dem Mitgliede des Wohnungsamtes Huber, dem Leiter des Kommunalverbandes Heiß u. der Schreibgehilfin des Kommunalverbandes Koch wird mit Wirkung vom 1. April 1923 zu ihren derzeitigen Bezügen eine Erhöhung von 100% bewilligt.

Der Stadtratsbeschluß vom 18.12.22 wird dahin geändert, daß die Bemessung der Entschädigungen der Tierärzte für sanitätspolizeiliche Beaufsichtigung der Viehmärkte u. Schweinemärkte nach der Indexziffer schon vom 1.4.22 an zu erfolgen hat.

MAGISTRAT DER K.B. STADT NEUBURG a/D.

Stadtrat Neuburg a. Donau

Mayer Zatteiz